

Piloten verhindern über 500 Abschiebung in Deutschland

In mehr als 500 Fällen sind im vorigen Jahr Abschiebungen an den Fluglinien gescheitert, berichten verschiedene Medien unter Berufung auf den Präsidenten der Bundespolizei, Dieter Romann. So sollen 506 Abschiebungen im vorigen Jahr nicht vollzogen worden sein, weil Piloten sich weigerten den Flug mit den Migranten zu starten. Dadurch konnten die angelehnten Asylanten nicht rückgeführt werden.

Die Rechtslage ist hier eindeutig. Nach §12 Abs. 1 des Luftsicherheitsgesetzes hat der Pilot zwar als Beliehener für die Sicherheit an Bord des im Flug befindlichen Luftfahrzeuges zu sorgen. Diese Aufgabenwahrnehmung als Beliehener stelle umgekehrt klar, dass der Pilot den originären Hoheitsträger nicht an seiner hoheitlichen Aufgabenwahrnehmung hindern kann, vor allem nicht am Boden auf deutschem Staatsgebiet. Daher sprechen wir Republikaner uns dafür aus, dass gegen die jeweiligen Piloten straf- und disziplinarrechtliche Verfahren eingeleitet werden.

EU will Deutschland Veto-Rechte streichen

In der EU gilt bei der Sozial- und Steuerpolitik das Prinzip der Einstimmigkeit. Nun will die Kommission in diesen Politikfeldern Mehrheitsentscheidungen einführen. Geht es nach der EU-Kommission, ist es Zeit, mal wieder einen angeblich großen Schritt in Richtung wirtschaftlicher Integration zu wagen. Dieser dürfte erneut besonders auf Kosten unseres Landes erfolgen. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, hat die Behörde einen Vorstoß unternommen, der die Zusammenarbeit in der Sozial- und Steuerpolitik von Grund auf verändern soll. Bisher gilt auf diesen beiden sensiblen und finanzträchtigen Feldern das Prinzip der Einstimmigkeit. Damit hat jedes Land die Möglichkeit, unliebsame Brüsseler Beschlüsse per Veto zu blockieren. Genau das soll nun

Aus dem Bundesvorstand



Auf der zweitägigen Bundesvorstandssitzung wurden viele relevante Punkte bearbeitet. Dazu gehörte nicht nur der wichtige weitere Strukturaufbau und die Schaffung von zusätzlichen Arbeitskreisen, sondern auch die Wahl des Bundesgeneralsekretärs und des geschäftsführenden stellv. Bundesvorsitzenden. Mit großer Mehrheit wurde Herr Pätzold zum Generalsekretär gewählt und Herr Tilo Schöne zum geschäftsführenden stellv. Bundesvorsitzenden.

Neben den bereits bestehenden Arbeitskreisen werden unseren Mitgliedern zusätzliche Gruppen angeboten, in denen sie sich einbringen können. So wurden jetzt die Arbeitskreise **Wahlen, IT, Satzungs- und Programmkommission** beschlossen.

geändert werden. Die EU-Kommission will in Zukunft Mehrheitsentscheidungen einführen, wie es sie etwa in anderen Bereichen schon gibt. Die Brüsseler Behörde stört sich daran, dass ihre steuerpolitischen Pläne etwa zur Einführung neuer Finanztransaktions- oder Digitalsteuern durch nationale Regierungen verhindert werden. Dabei dürften sie das Veto Deutschlands im Hinterkopf haben. Auch die Vorschläge zur Sozialunion, die unter anderem EU-weite Mindestlohnregeln oder die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung vorsehen, kommen nicht wirklich voran, weil nicht alle Staaten diesen Weg in Richtung Gleichmacherei und Zentralismus für richtig halten. Der Vorstoß zur Abschaffung der Einstimmigkeit birgt gewaltigen Konfliktstoff. Denn zum einen

Alle Mitglieder können sich zusätzlich in diesen Arbeitskreisen einbringen und fachorientiert einbringen. Sollten Sie ebenfalls Interesse haben, dann setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung: kontakt@rep.de

Angeblich "ruhiger" 1. Mai

In den vergangenen Jahren überschlugen sich die Berichterstattung zu den Ausschreitungen am 1. Mai. Tausende randalierende Linkschauten zogen durch Hamburg und Berlin mit dem Ziel möglichst hohen Sachschaden zu fabrizieren und Polizisten zu verletzen. Antriebsfeder war und ist der Hass auf Deutschland. Dieses Jahr sollte es aber völlig anders gewesen sein. So wurde von den „friedlichsten 1. Mai-Demonstrationen aller Zeiten“ berichtet. Genau diese Meldungen passten jedoch gar nicht zu den Berichterstattungen ausländischer Medien, die unter anderem massive Angriffe auf Polizisten zeigten und Bilder von verletzten Beamten, sowie Festnahmen. Scheinbar wird nun versucht, dass ramponierte Image der Linksextremisten zu verbessern, damit der Fokus wieder auf die "Rechten" gerichtet werden kann.

prallen in der Sozial- und Steuerpolitik die fundamentalen Gegensätze zwischen den Nordstaaten und den Südstaaten aufeinander. Zum anderen geht es um Wirtschaftsinteressen und letztlich um neue Wege der Umverteilung innerhalb der EU. Besonders brisant ist der EU-Vorschlag auch deshalb, weil er im Zusammenhang mit dem Austritt Großbritanniens gesehen werden muss. Denn der Brexit verändert die Balance innerhalb der EU gravierend – und zwar zum erheblichen Nachteil Deutschlands.

Deshalb lehnen wir Republikaner das Vorhaben entschieden ab, denn hierdurch verliert Deutschland nicht nur weiter Einfluss innerhalb der EU, sondern kann in Regeln gezwungen werden, die nicht zum Wohl unseres Landes sind.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Kriminelle ausländische Clans führen sie weiteren Großeinsätzen in NRW

Die Verfestigung von ausländischen Clans zeigt immer häufiger dramatischen Folgen. Ist erst einmal eine Parallelwelt existent, dann sind die Folgen gravierend. So führten jetzt mehrere Großfamilien in Köln, Unna und Kamen Clankriege, die die die Polizei erheblich beschäftigt hat. Die Beamten nahmen mehrere Beteiligte fest und stellten zahlreiche Waffen sicher.

In Köln gingen laut Polizei zwischen 15 und 20 Mitglieder zweier libanesischen, Großfamilien auf offener Straße mit Stöcken und Messern aufeinander los. Dabei soll es zu straßenschlachtsähnlichen Abläufen gekommen sein. Fünf Beteiligte wurden schwer verletzt. Einer von ihnen wurde nach Informationen der Polizei sogar mit einem Messer niedergestochen. Die Verletzten wurden in Krankenhäuser gebracht. Die Polizei nahm mehrere Personen in Gewahrsam.

In Unna und Kamen verfolgten Angehörige einer Großfamilie schwer bewaffnet Mitglieder eines verfeindeten Familienclans. Diese berichteten davon, mit Schusswaffen bedroht worden zu sein. Auch hier mussten wieder zahlreiche Polizisten eingesetzt werden, um eine weitere Eskalation zu verhindern.

Gericht bestätigt Schließung eines islamistischen Kindergartens

Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz hat die Schließung des islamischen Al-Nur-Kindergartens in Mainz bestätigt. Die Einrichtung war seit 2008 in Betrieb. Die dort betreuten 22 Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren brauchen nun neue Kitaplätze.

Anlaß für den Entzug der Betriebserlaubnis ist eine Gefährdung der Kinder in der Einrichtung, da der Trägerverein enge Kontakte zur radikalislamischen Muslimbruderschaft und der salafistischen Bewegung pflege, heißt es in der Urteilsbegründung.

www.rep.de

Nein zur Islamisierung – Ja zu Freiheit und Demokratie

Der islamische Trägerverein Arab Nil Rhein habe nichts an den kritisierten Zuständen in der Kita geändert. Daher bestehe „die konkrete Gefahr, daß die gesellschaftliche Integration der Kinder erschwert“ werde. So drohe ihnen ein Abgleiten in eine religiös geprägte Parallelgesellschaft, mahnt das Gericht. Der Verein habe in der Vergangenheit gegen Auflagen verstoßen, wonach er den Austausch mit anderen Kitas pflegen sollte. Dazu waren die Betreiber verpflichtet worden, da ihre Auslegung des Islam schon vor der Erteilung der Betriebserlaubnis als gefährlich eingestuft worden war.



Unterstützungsunterschriften Landtagswahlen Thüringen

Für die anstehenden Landtagswahlen in Thüringen werden noch Unterstützungsunterschriften benötigt, damit unsere Wahlteilnahme gesichert ist. Wir bedanken uns bei den Mitgliedern und

Freunden unserer Partei, die bereits ein Formular unterschrieben und an uns zurückgesandt haben. Alle anderen Leser unserer Zeitung, die aus Thüringen kommen und noch nicht für unseren Wahlantritt unterschrieben haben, bitten wir dies zeitnah nachzuholen. Das Unterschriftenblatt haben wir zum runterladen bereitgestellt:

<https://www.die-republikaner.net/landtagswahlen/>

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Ihre Unterschrift

MITGLIED WERDEN

Sag JA zu REP!

Unterschrift

für unsere Zukunft >

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Informieren Sie sich jetzt:

DIE REPUBLIKANER (REP), Bundesverband, Pf. 140407, 40074 Düsseldorf, Email: kontakt@rep.de

 Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein

 Ich möchte weitere Informationen

 Ich möchte Mitglied werden

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
 - **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen, unter anderem am 19.05 in Wiesental, um 10.00 Uhr und am 14.05., Bruchsal, um 18.00 Uhr. Informationen unter: 725472375.
 - **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
 - **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
 - **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
 - **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
 - **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
 - **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
 - **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
 - **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
 - **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
 - **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
 - **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
 - **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
 - **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
-
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
 - **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband _____ Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bezirksverband _____ Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Landesverband _____ Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Bundesverband _____ Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> _____ Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.